

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hartmut Ebbing, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/24208 –

European Heritage Trust – Erhalt europäischer Baudenkmäler und kulturelle Revitalisierung ländlicher Regionen

A. Problem

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, sich für einen European Heritage Trust zu engagieren. Gegründet werden soll eine Stiftung, die für die Sanierung und den Erhalt von Baudenkmälern sorgt, die von nationaler, gesamteuropäischer oder besonderer bauhistorischer Bedeutung sind. Die Stiftung müsse mit einer Anschubfinanzierung aus dem Budget der Europäischen Union ausgestattet werden, solle sich langfristig jedoch über Spenden und Erbschaften bzw. über Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder finanzieren, fordert die Fraktion der FDP in ihrem Antrag. Als Vorbild für eine solche europäische Stiftung könnten die Strukturen des National Trust in Großbritannien dienen. Gegenwärtig sei der Verfall historischer Bauten in Europa beispiellos.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/24208 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde

Vorsitzende und Berichterstatterin

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Katrin Budde, Dr. Marc Jongen, Hartmut Ebbing, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/24208** in seiner 202. Sitzung am 17. Dezember 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, sich für einen European Heritage Trust zu engagieren. Gegründet werden soll eine Stiftung, die für die Sanierung und den Erhalt von Baudenkmalern sorgt, die von nationaler, gesamteuropäischer oder besonderer bauhistorischer Bedeutung sind. Die Stiftung müsse mit einer Anschubfinanzierung aus dem Budget der Europäischen Union ausgestattet werden, solle sich langfristig jedoch über Spenden und Erbschaften bzw. über Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder finanzieren, fordert die Fraktion der FDP in ihrem Antrag.

Die Fraktion führt aus, als Vorbild für eine solche europäische Stiftung könnten die Strukturen des National Trust in Großbritannien dienen. Vorrangiges Ziel sei es, Baudenkmalere denkmalgerecht und nachhaltig zu sanieren und zu erhalten. Verknüpft werden könne die Initiative mit dem Anliegen, ländliche Regionen kulturell zu revitalisieren. Gegenwärtig sei der Verfall historischer Bauten in Europa beispiellos. Die angestrebte Stiftung solle nicht nur Fördergelder vergeben, sondern Denkmalschutzprojekte in Eigenregie realisieren, als Plattform für den Austausch von Wissen über Restaurierungsmethoden agieren und interessierte Bürger in ganz Europa als Mitglieder einbeziehen. Eine großzügige steuerliche Regelung könne helfen, Spenden und Erbschaften einzuwerben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 88. Sitzung am 10. Februar 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfahl in seiner 96. Sitzung am 22. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** empfahl in seiner 82. Sitzung am 23. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wertete den Antrag der Fraktion der FDP als nicht zielführend. Die Fraktion berufe sich auf das Vorbild des englischen National Trust, womit bereits ein Problem benannt sei. In einem föderalen System, wie es in Deutschland herrsche, sei es für die Bundesebene schwer, über regionale Kulturprojekte zu

entscheiden. Der Bund helfe stattdessen, indem er beispielsweise Mittel aus dem Denkmalschutzprogramm in die Regionen gebe. Kultur sei in Deutschland Ländersache, worauf die Länder bei allem Engagement des Bundes weiterhin großen Wert legten.

Im Übrigen trügen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Baudenkmäler keinen per se europäischen Charakter, sondern seien sie mit einer starken historischen und sozialen Bedeutung, manchmal sogar einer psychologischen Bedeutung für das jeweilige Land oder die jeweilige Region aufgeladen. Die Burgen im Mittelrheintal gehörten zum UNESCO-Weltkulturerbe, seien aber keine europäischen Burgen. Damit sei bereits ein wichtiger Begriff eingeführt: Das UNESCO-Weltkulturerbe verbinde die Kulturen weltweit, und auf europäischer Ebene kämen die Europäischen Kulturhauptstädte hinzu. An diesem Programm lasse sich zeigen, was Europa für Städte in unterschiedlichen Ländern leiste. Europäische Zusammenarbeit sei wunderbar und ergebe bezogen auf solch ein Projekt Sinn. Wenn, dem Vorschlag der Fraktion der FDP folgend, jeweils andere Länder darüber urteilten, welche Denkmäler wo und in welchem Umfang unterstützt würden, sei dies anders. Der Erhalt der Baudenkmäler stelle ein Paradebeispiel für Subsidiarität dar. Deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU den Antrag der Fraktion der FDP ab.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, dass auch sie die Idee, einen European Heritage Trust zu gründen, für überdimensioniert halte. Bei der Sicherung des historischen Erbes komme es darauf an zu prüfen, auf welcher Ebene dies am besten gelingen könne. Was regional erledigt werden könne, sollte regional bleiben. Die Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen verwalteten 48 herausragende Baudenkmäler. Die Organisation bemühe sich nicht nur, diese Denkmäler zu erhalten, sondern entwickle dafür auch innovative Nutzungskonzepte, durchaus mit einer wirtschaftlichen Komponente. Das sei der richtige Weg.

Es spreche nichts dagegen, die Frage zu stellen, welche Baudenkmäler von europäischer Bedeutung seien. Aber in einen Gemischtwarenladen alles einzubringen, was einem so einfalle, erscheine wenig sinnvoll. Die Fraktion der SPD lehne die vorgelegte Initiative daher ab, sei aber gern bereit, sich über die Frage einer europäischen Rolle bei der Sicherung des nationalen Erbes auszutauschen.

Die **Fraktion der AfD** konstatierte, die antragstellende Fraktion glaube offenbar, zum Erhalt von Baudenkmalern in der EU das Allheilmittel gefunden zu haben. Der Fraktion der AfD erschließe sich jedoch nicht, warum ein absehbar bürokratisches Monstrum wie ein European Heritage Trust Fortschritt darstellen sollte. Etabliert werde damit höchstens eine ständige Rangelei um Fördergelder.

Mit paternalistischem Unterton werde verlangt, die Bürger Europas müssten lernen, schützenswerte Kulturgüter jenseits nationaler Grenzen zu verorten. Eine Belehrung der Bürger Europas sei jedoch überflüssig. Die Restaurierung und der Erhalt historischer Baudenkmäler müsse eine nationale Aufgabe bleiben. Das sei ein Gebot der Subsidiarität, das für die Fraktion der FDP offenbar keine Bedeutung mehr habe. Die Baukultur sei national und oft regional einzigartig und für die Bürger identitätsstiftend. Es sei Aufgabe der einschlägigen Instanzen der Nationalstaaten, darüber zu entscheiden, welche Baudenkmäler restauriert oder erhalten werden sollten. Statt eine neue Stiftung zu schaffen, sei es angezeigt, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz mit mehr Mitteln auszustatten. Davon sei im Antrag der Fraktion der FDP aber keine Rede. Die Fraktion verfolge ein grundsätzlich richtiges Ziel mit den falschen Mitteln.

Die **Fraktion der FDP** machte darauf aufmerksam, dass der französische Präsident für sein Land angekündigt habe, im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2022 verstärkt auf die kulturelle Zusammenarbeit zu setzen. Dies sei ein Feld, auf dem eine stärkere, europäische Zusammenarbeit dringend nötig sei. Nord- und südeuropäische Länder könnten im Denkmalschutz enorm voneinander profitieren, beispielsweise kennten die südeuropäischen Länder schon lange die Herausforderungen, die infolge des Klimawandels auch auf den Norden zukämen. In Südeuropa habe wiederum die wirtschaftliche Situation der letzten Jahre zu einem enormen Verfall historischer Stätten geführt. Osteuropa leide immer noch unter den Folgen des realexistierenden Sozialismus.

Zur Lösung dieser Probleme schlage die Fraktion der FDP die Gründung einer europäischen Denkmalschutzstiftung mit flachen Hierarchien und geringen Overhead-Kosten vor. Ziel sei eine Stiftung nach dem Vorbild des gemeinnützigen englischen National Trust. Der European Heritage Trust solle sich um Baudenkmäler von besonderer nationaler und europäischer Bedeutung verdient machen, Projekte finanziell unterstützen und mit Informationen flankieren. Der European Heritage Trust solle Freiwillige aus ganz Europa zusammenbringen, um sich denkmalpflegerisch zu betätigen. Das zivilgesellschaftliche Engagement für das gemeinsame kulturelle Erbe

könne darüber hinaus gestärkt werden, indem Spenden und Erbschaften zugunsten der Stiftung steuerlich begünstigt würden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kündigte Stimmenthaltung an, weil sie der Idee, ein Instrument zu schaffen, um europäische Baudenkmäler zu erhalten, durchaus etwas abgewinnen könne. Das Anliegen, auf diese Art strukturschwache und ländliche Regionen zu revitalisieren, unterstütze die Fraktion durchaus. Allerdings halte die Fraktion DIE LINKE. es für falsch, sich am National Trust zu orientieren, weil damit der Fokus auf ehrenamtliches Engagement gelegt werde. Die Kommunen würden geradezu eingeladen, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Das Modell führe womöglich außerdem dazu, Baudenkmäler beispielsweise in Ferienwohnungen umzuwandeln und die Besitzer zu veranlassen, damit Geld zu verdienen.

Die Fraktion DIE LINKE. verfolge einen anderen Ansatz. Viele Fachdebatten beschäftigten sich mit den Möglichkeiten einer sogenannten Entstaatlichung der Denkmalpflege, aber eine deutliche Mehrheit spreche sich gegen eine Privatisierung der Denkmalpflege aus. Gründe dafür seien neben dem Widerstand gegen die Unterwerfung unter das Diktat der Privatisierung und Ökonomisierung Qualitätsansprüche und Arbeitsbedingungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bestätigte, zahlreiche Länder im europäischen Süden hätten aufgrund der wirtschaftlichen Lage und verschärft durch die Krise infolge der Pandemie Schwierigkeiten, ihre zahlreichen Baudenkmäler denkmalgerecht und nachhaltig zu sanieren. Die Überlegung der Fraktion der FDP, sei in der Sache daher zu begrüßen. Leider sei das im Antrag als Lösung angebotene Instrument alles andere als tauglich. Als Vorbild für ein europäisches Miteinander funktioniere der National Trust nicht. Das britische System der Kulturförderung sei nicht mit der Situation in Deutschland vergleichbar. Der National Trust sei aus der Not geboren, er finanziere sich größtenteils durch Mitgliedsbeiträge und die unbezahlte Arbeit Freiwilliger sowie durch Spenden und Erbschaften. Weder eine verlässliche Finanzierung noch finanzielle Unabhängigkeit sei gewährleistet, weder gebe es personelle Kontinuität noch gebündelte Expertise, die für eine so große Aufgabe erforderlich wäre.

Wenn man die Idee ernsthaft verfolge, müsse die Kulturförderung über die öffentliche Hand laufen. Finanzierungen und Projektierungen müssten transparent und überprüfbar sein. Zu bezweifeln sei zusätzlich, dass am Ende über das Modell der Fraktion der FDP mehr Geld in eine gemeinsame europäische Kulturförderung fließe. Im Gegenteil, es sei zu befürchten, dass staatliche Kulturförderung wegfielen. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2021

Melanie Bernstein
Berichterstatlerin

Katrin Budde
Berichterstatlerin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatler

Hartmut Ebbing
Berichterstatler

Simone Barrientos
Berichterstatlerin

Erhard Grundl
Berichterstatler

